

Inhaltsverzeichnis

AbkürzungsverzeichnisXV

Einleitung.....1

Kapitel 1. Das Kollektivhandlungsproblem im Insolvenzrecht.....5

§ 1 Divergenz der Gläubigerinteressen.....5

A. Primäres Interesse an Befriedigung.....5

B. Weitergehende Bestandsinteressen7

C. Interessendivergenzen zwischen gesicherten und
ungesicherten Gläubigern.....9

§ 2 Wettlaufsituation und Gefahr der Vernichtung kollektiver Werte12

§ 3 Informationsasymmetrien innerhalb der Gläubigerschaft.....14

A. Vertraglich bedingte Informationsvorteile.....14

B. Vorsprung durch gesetzlich normierte Informationsrechte.....16

§ 4 Konsequenz: Scheitern rein konsensualer Lösungsansätze.....18

A. Schwierigkeiten einer kautelarjuristischen Insolvenzvorsorge
weit vor der Insolvenz.....19

B. Probleme von Ad-hoc-Versuchen der Krisenbewältigung21

§ 5 Zusammenfassung.....22

Kapitel 2. Gesetzliche Reaktion auf das Kollektivhandlungsproblem: „Zwangskollektiv“ und Majoritätsprinzip..... 23

§ 1 Das Gläubigerkollektiv als „Zwangskollektiv“23

A. Exkurs: Einordnung des Gläubigerkollektivs vor
der Eröffnung des Insolvenzverfahrens24

B. Nach der Verfahrenseröffnung: schlichte Interessengemeinschaft26

§ 2	Kollektivierung in Organen der Selbstverwaltung.....	29
A.	Mehrheitsentscheidungen in den Gläubigerorganen	30
I.	Gläubigerversammlung und Gläubigerausschuss.....	30
II.	Modus der Entscheidungsfindung: Mehrheitsprinzip.....	32
B.	Spezieller Abstimmungsmodus im Insolvenzplanverfahren: Gruppenbildung und rechtsökonomische Imperative.....	35
I.	Gruppenlösungen im Planrecht	35
1.	Geltungsgrund für Gruppenlösungen.....	35
2.	In § 222 InsO vorgesehene Gruppen	37
II.	Kombination des Gruppensystems mit rechtsökonomischen Imperativen: Obstruktionsverbot der §§ 244 f. InsO	40
1.	Überblick über die einzelnen Wohlfahrtskriterien	40
a.	Pareto-Optimum	41
b.	Kaldor/Hicks-Kriterium.....	42
2.	Umsetzung dieser Grundsätze im Recht des Insolvenzplans, §§ 217 ff. InsO.....	45
a.	Regelungsgehalt der §§ 244 f. InsO.....	45
b.	Inkonsequente Umsetzung des Pareto-Optimums.....	46
C.	Sonderfall: Anleihegläubiger und ihr gemeinsamer Vertreter in der Insolvenz.....	47
§ 3	Zusammenfassung.....	49

Kapitel 3. Grundlagen einer Stimmvereinbarung zwischen Gläubigern.....

§ 1	Praktischer Hintergrund von Stimmvereinbarungen zwischen Gläubigern.....	52
A.	Anwendungsbereich.....	53
I.	Verwertungsentscheidungen.....	53
II.	Andere Entscheidungen	54
B.	Sicherheit und Planbarkeit der Abstimmungsergebnisse.....	56

C.	Wertschöpfende und distributive Komponente von Stimmvereinbarungen: Schließung von Effizienzlücken der InsO?.....	58
I.	Effizienzlücken außerhalb des Planverfahrens	59
1.	Beteiligung aller Gläubiger.....	59
2.	Beteiligung einzelner Gläubiger	61
3.	Erreichbarkeit effizienter Resultate auf anderem Wege?	62
a.	Indisponibler Charakter der §§ 174 ff., 187 ff. InsO	63
b.	Lückenhaftigkeit des § 78 InsO.....	63
c.	Lückenschluss durch das Planverfahren?	66
aa.	Tatsächliche Lücken.....	67
bb.	Kein Monopol der §§ 217 ff. InsO für konsensuales Gläubigerhandeln	67
cc.	Keine Umgehung tragender Verteilungsgrundsätze des Planverfahrens	68
(1.)	Planrechtliche Gleichbehandlung, § 226 Abs. 1 und § 245 Abs. 2 Nr. 3 InsO	68
(2.)	„Recht auf ein Nicht-Schlechter-Stehen“, § 245 Abs. 1 Nr. 1 InsO.....	69
(3.)	Absolute Vorrangregel, § 245 Abs. 2 Nr. 2 InsO.....	70
4.	Zusammenfassung.....	71
II.	Effizienzlücken im Recht des Insolvenzplans?.....	71
1.	Beteiligung aller Gruppen an der Stimmvereinbarung.....	71
2.	Effizienz und selektive Beteiligung von Gruppen bzw. Gruppenmitgliedern.....	74
a.	Selektive Beteiligung von Gruppen.....	74
b.	Selektive Beteiligung von Gruppenmitgliedern	75
3.	Gruppeninterne Abkommen: Intragruppenabreden	77
4.	Zusammenfassung.....	78
III.	Wertzerstörung durch Stimmvereinbarungen?	79
1.	Außerhalb des Planrechts	79
2.	Im Planrecht.....	80

IV. Ergebnis	82
D. Zusammenfassung	82
§ 2 Eingehung der Pflicht zur Stimmabgabe.....	82
A. Rechtliche Qualifikation einer Stimmvereinbarung	83
B. Stimpfpflicht als Nebenpflicht zu einer umfassenderen Abrede?.....	85
I. Terminologische Grundlagen.....	86
II. Stimpfpflichten als Nebenleistungspflicht zu Pool- und Konsortialverträgen.....	88
C. Ergebnis.....	90
§ 3 Relative Wirkung von Stimmvereinbarungen und Sanktionierung von Verstößen.....	90
§ 4 Zusammenfassung.....	91

Kapitel 4. Zulässigkeit von Gläubigervereinbarungen im Lichte des Verfahrensrechts der InsO.....

§ 1 Überblick möglicherweise verletzter Verfahrensvorschriften	93
A. Publizitätsvorschriften zur Vorbereitung auf die Termine	93
B. Vorschriften zur chronologischen Struktur der Entscheidungstermine.....	95
§ 2 Verletzung des Verfahrensrechts der InsO durch Stimmvereinbarungen?	96
A. Keine Verletzung von § 240 InsO	96
I. <i>Eidenmüller</i> : Nichtigkeit von Stimmvereinbarungen gem. § 240 InsO i.V.m. § 134 BGB.....	96
II. Unergiebigkeit der Gesetzeshistorie.....	97
III. Tragweite möglicher Änderungen im Rahmen von § 240 InsO	98
IV. Alternative Sanktion zur Nichtigkeit nach § 240 InsO i.V.m. § 134 BGB	99
B. Breiterer Kontext: Disposition über Verfahrensrechte.....	100
I. Disponibilität insolvenzrechtlicher Verfahrensvorschriften?.....	100

II.	Zulässige Verzichtswirkung einer Stimmvereinbarung.....	104
III.	Grenze der Disponibilität: Abstimmungen des Gläubigerausschusses	106
C.	Schutzzweckbetrachtung gegenüber den unbeteiligten Gläubigern.....	107
§ 3	Zusammenfassung.....	110

Kapitel 5. Einfluss des Gleichbehandlungsgrundsatzes auf die Zulässigkeit von Stimmvereinbarungen.....111

§ 1	Der Gleichbehandlungsgrundsatz im Insolvenzrecht	111
A.	Begründungsansätze zum insolvenzrechtlichen Gleichbehandlungsgrundsatz.....	111
I.	Gleichbehandlung bei privatrechtlichen Sachverhalten.....	112
II.	Insolvenzrechtlicher Diskussionsstand zum Gleichbehandlungsgrundsatz.....	114
III.	Verteilungs- und Austauschgerechtigkeit im Insolvenzrecht..	117
1.	Regelabwicklung: Ausdruck von Verteilungsgerechtigkeit	117
2.	Planrecht: Ausdruck von Austauschgerechtigkeit	119
IV.	Weitergehender Schutzzweck der Gleichbehandlung: Steigerung der Richtigkeitsgewähr insolvenzrechtlicher Mehrheitsentscheidungen?.....	121
1.	Gesellschaftsrechtlicher Gleichbehandlungsgrundsatz als Garant einer Interessengleichrichtung der Kollektivmitglieder	122
2.	Übertragbarkeit dieser Argumentation auf das Insolvenzrecht	122
B.	Tatbestand der Ungleichbehandlung.....	124
I.	Konkretisierung eines Gleichheitsverstößes durch spezielle Normen der InsO	124
II.	Formelle Ungleichbehandlung.....	127
III.	Materielle Ungleichbehandlung	128
C.	Zusammenfassung	131

§ 2 Gläubigerabreden und der Gleichbehandlungsgrundsatz im Recht des Insolvenzplans	132
A. Verbindungslinien zwischen Gleichbehandlung und Publizität	132
I. Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs zum Forderungskauf	132
II. Anwendung dieser Kriterien auf Stimmvereinbarungen zwischen Gläubigern	140
1. Nicht sanktionswürdige Fälle	140
2. Verbleibender Problemfall: selektiver Erwerb von Stimmen... 142	
III. Gleichbehandlung und ein „Markt für Stimmen“	144
1. Grundgedanke eines Marktes für Stimmen	145
2. Kritik: Dysfunktion eines Marktes für Stimmen	147
a. Übernahmerechtliches Gefangenendilemma	147
b. Übertragbarkeit des Gefangenendilemmas auf die Insolvenzsituation	151
3. Ergebnis	152
B. Formelle Gleichbehandlung und materielle Ungleichbehandlung.. 153	
C. Zusammenfassung	155
§ 3 Gläubigerabreden und der Gleichbehandlungsgrundsatz außerhalb des Planverfahrens	155
A. Gleiche Teilhabe aller am Kooperationsgewinn	156
B. Selektive Teilhabe am Kooperationsgewinn	156
I. Erforderlichkeit von Abreden zur Hebung eines Effizienzvorteils	157
II. Modell eines „Marktes für Stimmen“ außerhalb der Plansituation	158
§ 4 Sanktion eines Verstoßes gegen den Gleichbehandlungsgrundsatz..... 160	
§ 5 Zusammenfassung	166

Kapitel 6. Stimmvereinbarungen und absolute Vorrangregel	167
§ 1 Inhalt der absoluten Vorrangregel und ihre Umsetzung durch die InsO	167
A. Grundgedanke	167
B. Konkrete Umsetzung durch die InsO	168
§ 2 Verletzung der absoluten Vorrangregel durch Stimmvereinbarungen?	171
A. Beispiele: reduzierte praktische Relevanz der Frage.....	172
I. Einbeziehung nachrangiger Gläubiger in eine Stimmvereinbarung.....	172
1. Im Rahmen der Regelabwicklung	172
2. Im Planrecht.....	174
II. Zusammenwirken unmittelbar im Rang einander folgender Gläubigerkategorien.....	176
1. Im Rahmen der Regelabwicklung	176
2. Im Planrecht.....	178
B. Rechtliche Bewertung	179
I. Formeller Argumentationsstrang.....	179
II. Vereinbarkeit entgeltlicher Stimmvereinbarungen mit dem Schutzzweck der absoluten Vorrangregel?	180
1. Im Planrecht.....	181
2. Im Rahmen der Regelabwicklung	184
III. Sanktion eines Verstoßes gegen die absolute Vorrangregel.....	185
§ 3 Zusammenfassung.....	188
Kapitel 7. Treuepflichtwidrigkeit von Stimmvereinbarungen zwischen Gläubigern?	189
§ 1 Mögliche normative Grundlagen einer Treuepflicht zwischen Gläubigern in der Insolvenz.....	190

§ 2 Bedenken gegenüber der Annahme einer Treuepflicht unter Gläubigern.....	194
A. Systematische Bedeutung von §§ 244 f. InsO und von § 78 InsO	194
B. Regelungstechnische Bedenken.....	198
§ 3 Ergebnis.....	199
 Kapitel 8. Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse.....	 201
 Literaturverzeichnis	 203